



Detailansicht des Regelungsvorhabens

§218 ff StGB, Schwangerschaftskonfliktgesetzes

Aktuell seit 11.07.2026 20:18:01

Angegeben von:

Interessenvertretung ungeborener Menschen (R007475) am 11.07.2025

Beschreibung:

Wir fordern als Gesetzesvorhaben eine Ergänzung zu §218 StGB und BeratungsG mit folgenden Zielen: eine verbesserte Unterstützung von Schwangeren alternativ zum Schwangerschaftsabbruch, eine verbesserte Beratung und Vermittlung von bestehenden Unterstützungs-Angeboten, ein verbesserter Schutz vor Nötigung zu Abtreibung durch Kindesvater, einen verbesserten Schutz für möglicherweise behinderte ungeborene Kinder, Untersuchungsausschuss im BT zur Überprüfung ob NIPT Blutuntersuchungen zu Massenscreenings zweckentfremdet wurden

Betroffene Interessenbereiche (3)

Familienpolitik [alle RV hierzu]

Menschenrechte [alle RV hierzu]

Opferschutz [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

BeratungsG [alle RV hierzu]

StGB [alle RV hierzu]